

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

aktuell

Ihr wollt nicht für die Krise des Kapitals zahlen? Dann lasst es doch!

Tatsächlich bezahlt ihr längst! Und die Demonstrationen benennen das auch: Wenn die Märkte einbrechen, wenn in Industrie und Handel die Geschäfte schrumpfen, dann wenden die Unternehmen Schaden von ihren Bilanzen ab, indem sie ihn an ihre Arbeitskräfte weitergeben: Sie entlassen, verordnen Kurzarbeit, senken Löhne. Sie passen ihre Kosten an die verminderten Geschäftsgelegenheiten an und verteidigen ihre Gewinne. An dieser Front findet der Kampf darum statt, wer in welchem Maß dafür Opfer zu bringen hat, dass das Wachstum wieder in Gang kommt und die ganze kapitalistische Scheiße von vorne losgeht. Wer sich die Rolle als flexibler Kostenfaktor nicht mehr gefallen lassen will; wer es satt hat, in Zeiten der Konjunktur mit flexibler Arbeitsbereitschaft für das Wachstum der Profite bereit zu stehen und in der Phase der Schrumpfung die Firmenbilanzen durch Lohnverzicht zu sanieren, der kommt um eine Kündigung seiner Rolle als Ware Arbeitskraft nicht herum. Die Aufrufe zu dieser Demonstration schimpfen kräftig auf den Kapitalismus und fordern „ein anderes Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur dient“ – aber den Kampf um die Abschaffung des Kapitals, den halten sie nicht für nötig.

*

„Zeit für Systemwechsel“ schreibt der gemeinsame Aufruf. Ein merkwürdiger Systemwechsel ist das, der all die Figuren gleich wieder mit an Bord nimmt, die in der schlechten alten Gesellschaft das Sagen haben und deren Profitmacherei all die aufgezählten Übel von der Armut in Europa und in der Welt bis hin zum Klimawandel verursacht.

- Die Millionäre zum Beispiel. Sie bleiben Millionäre: Schließlich will man ihnen eine Millionärssteuer aufbrummen, um die staatlichen Unkosten der Bankenrettung zu mindern.
- Die Banken müssen natürlich gerettet werden! Auch sie sind in der „solidarischen Gesellschaft“ unverzichtbar. Nur gesunde Banken können der Wirtschaft Kapitalvorschuss auf Kredit spendieren – und Kapital braucht die arbeitende Bevölkerung ja wohl so nötig wie das tägliche Brot, oder? Und das Vermögen der Banken wird vom Volk auch noch gebraucht – denn nur reiche Banken können den vom Demo-Aufruf geforderten Fonds auflegen, mit dem sie sich selber aus ihrer Pleite herauskaufen und dem Volk Kosten für die unverzichtbare „Sanierung des Finanzsektors“ ersparen.
- Und die Wirtschaftskapitäne aus der „Realwirtschaft“ – die braucht ihr natürlich auch in der neuen Gesellschaft: Wer sonst könnte den Kredit der Banken verwenden und neben dem eigenen Profit auch noch den Zins für die Banken aus der Arbeit herauswirtschaften. Nur Ausbeutung kann die Arbeitsplätze schaffen, die das Volk braucht! Die muss wieder in Gang kommen. Denn für die kapitalismuskritischen Aufrufe scheint das Übel des Kapitalismus nicht darin zu bestehen, dass es in diesem System Lebensunterhalt für Arbeiter nur gibt, wenn ihre Arbeit Profit abwirft. Sondern darin, dass der Kapitalismus gegenwärtig mal nicht gescheit funktioniert.

*

Nicht nur die Reichen und Mächtigen, auch die *Armen und Abhängigen* treten in der „solidarischen Gesellschaft“ wieder in ihren alten Rollen auf: Wozu fordert man wohl einen „Sozialen Schutzschirm“, wenn man nicht davon ausgeht, dass es weiterhin ohnmächtige und schutzbedürftige Sozialfälle geben wird:

- einen *Mindestlohn* für die Beschäftigten im *Niedriglohnssektor*. Den Sektor soll es offenbar noch länger geben – da haben die Aufruf-Autoren es dann schon nötig, sich von der SPD-Definition des für arme Arbeiter Zumutbaren mit einem „aber bitte armutsfest“ abzugrenzen.
- eine „existenzsichernde“ Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für die Langzeitarbeitslosen, die auch nicht weniger werden – mitsamt ihrer ewig unsicheren Existenz;
- Sozialrente mit 65 statt mit 67 für die Alten, die in der Krise sowieso vor Erreichen der Altersgrenze aus den Betrieben gedrängt werden.

Geht's noch bescheidener? Aber was soll man schon erwarten von einem Demonstrationenaufruf, der die „Menschen vor Profite“ setzen, also die Rangordnung der beiden hohen Güter korrigieren will? Profit soll schon sein, aber der Mensch

darf darüber nicht vergessen werden! Mensch und Profit sollen koexistieren können, so ist es doch gemeint? Wie passt das dazu, dass Profit von vornherein auf Kosten der arbeitenden Menschen geht? Dass er gar nichts anderes ist, als was der Kapitalist aus seinen Arbeitskräften herausholt?

Sieht so die „andere Welt“ aus? Ist das das „neue Wirtschaftssystem“, für das ihr demonstrieren geht?

*

Nein, liest man, mit Mindestlohn, existenzsichernder Sozialhilfe, Rente mit 65 etc. ist die „solidarische Gesellschaft“ noch nicht fertig. Das alles sind nur „Sofortmaßnahmen“, „erste Schritte“ – aber Schritte *wohin*? Die Demo-Aufrufe zählen viele Übel auf, die das kapitalistische Wirtschaften bei der Klasse der Lohnabhängigen verursacht, aber sie wenden sich *nicht gegen das Kapital*, sondern *an den Staat*, der dem Schaden Grenzen ziehen soll. Also an genau die Adresse, die mit ihrer *politischen Macht* durch die Garantie des Privateigentums die *Wirtschaftsmacht des Kapitals* in die Welt setzt, absichert und betreut. Eine sozialere Politik soll die Schäden korrigieren, die die Wirtschaft verursacht. Im Fordern nach Schadensbegrenzung werden all die ökonomischen Prinzipien, die im Kapitalismus herrschen, und all die sozialen Rollen, die er hervorbringt, vorausgesetzt und anerkannt. Das ist nicht ein erster Schritt zur Abschaffung des Kapitalismus, es ist der Ruf nach sozialer Politik, der diese Ausbeutungsökonomie begleitet, solange es sie gibt.

*

Wer nicht weiterhin zum Opfer von Krise und Krisenbewältigung gemacht werden will, wer in einem neuen Aufschwung nicht wieder Mittel des Profits sein will – der hat anderes zu tun, als mit einer Demonstration gesellschaftlichen Druck für einen sozialen Politikwechsel in Berlin aufzubauen.

Ihr wollt nicht zahlen für die Krise des Kapitals?

Dann feilscht auch nicht mit der Regierung um Preisnachlässe bei der Bezahlung der Krisenlasten.

Im neuen GEGENSTANDPUNKT:

Die Deutsche Linke sieht sich bestätigt

Jetzt sieht es jeder: Der Kapitalismus stellt sich mit seiner Krise bloß. Was Kritiker von Jusos & Attac bis Linkspartei & DKP an ihm zu kritisieren haben, gerät allerdings zu einer ziemlichen Ehrenrettung – soweit es das „Wirtschaften“ angeht, das unter dem Firmenschild „real“ in Gegensatz zum Finanzkapital gestellt wird. Und selbst an Letzterem unterscheiden sie noch zwischen nützlichen ‚Kreditdiensten‘, die es der Gesellschaft zu leisten hätte, aber verweigert, und den ‚Exzessen‘ eines spekulativen Gewerbes, das nie genug damit hat, was anderswo geschaffen und den Arbeitern an Lohn vorzuenthalten wird. Diese Kritik fantasiert sich eine bessere Geldwirtschaft zurecht – und landet folgerichtig beim Verbesserungsvorschlag, den ‚entfesselten‘ Kapitalismus mit staatlicher Aufsicht zu ‚fesseln‘. So – sozial korrigiert und damit vermeintlich krisenfest gemacht – soll ‚die Wirtschaft‘ endlich besser funktionieren und fürs Volk nützliche Dienste leisten. Kurz:

„Der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist gescheitert!“

Die Linke will’s besser machen!

112 Seiten, € 15.–

**Ab sofort im Buchhandel und beim
Verlag erhältlich:**

**GegenStandpunkt VerlagsGmbH
Augustenstr. 24, 80333 München
Tel. 089 2721604**

**Diskussionstermine, Kontakte, Info
und Bestellungen unter**

www.gegenstandpunkt.com

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-09

Die Leistung der demokratischen Wahlen –
vorgeführt von Barack Obama

Wie die Unzufriedenheit der Bürger produktiv gemacht wird
für die Fortschritte der Herrschaft

Die deutsche Linke sieht sich bestätigt:

**Der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist gescheitert!
Machen wir’s besser!**

Russland streicht der Ukraine den Vorzugspreis für Gas –
ein klarer Fall von politischem Verstoß

Anmerkungen zur Unabhängigkeit der Ukraine

Die Operation „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen
**Israels Antwort auf die Gefahr
einer Zweistaatenlösung**

Piraten am Horn von Afrika · Kurzarbeit – die „große Chance, die Rezession relativ glimpflich zu überstehen“ · Breitscheidels „aufrüttelnder Report“: „Arm durch Arbeit“ · FDP: Wirtschaftskompetenz 09 – alles Wissenswerte über das Krisen-Update eines Klassikers · Papst Benedikt XVI. und der Holocaust-Schlamassel: Fundis unter sich · Der Fall Schaeffler · „Lehren aus 1929“ und die Krise von General Motors: Freunde der Globalisierung üben sich in internationaler Zusammenarbeit · Abschiebung zum Tariflohn: Wie Europa mit der Ausbeutung illegaler Zuwanderer aufräumt · Enteignungspläne im Fall Hypo Real Estate: Geistesverwirrung & Streit um das Rettungsübernahmegesetz

Veranstaltungstipp:

Gegenargumente Düsseldorf, Samstag, 25. April 2009, 15 Uhr

Der Kampf um die ‘Rettung von Opel’ - Ein Lehrstück in Sachen Konkurrenz und Krise
Kulturcafé Solaris 53 e.V. Kopernikusstr. 53 40225 Düsseldorf – Bilk www.gegenargumente.com